

Synode: Ja zur Einheit!

Eröffnung im Johannesstift — Erklärung der mitteldeutschen Bischöfe

Berlin (Eigenbericht). Unter dem Eindruck der schweren Behinderungen durch die Sowjetzonen-Regierung und einer scharfen Propagandakampagne gegen die evangelische Kirche begann die Tagung der Gesamtdeutschen Synode im Spandauer Johannesstift. Unmißverständlich bekannten sich die Bischöfe aus beiden Teilen Deutschlands zur Einheit der Kirche. Der aus seinem Amt scheidende Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Dibelius, sagte in seinem Rechenschaftsbericht: „In den 12 Jahren ihres Bestehens ist die Einheit der Evangelischen Kirche Deutschlands erhalten geblieben und hat sich, soweit Menschen urteilen können, mehr und mehr gefestigt.“ Eine eindrucksvolle Erklärung zur Einheit der Kirche, die von allen Bischöfen Mitteldeutschlands gebilligt worden war, verlas der Greifswalder Bischof Krummacher.

In dieser Erklärung heißt es: „Die politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Unterschiede können uns nicht trennen, weil die Gemeinschaft des Glaubens stärker ist als alle Verschiedenheiten des öffentlichen Lebens. Wir haben einen gemeinsamen Auftrag in unserem zerrissenen Volk und sind zu gemeinsamem Dienst aneinander gebunden. Wir lassen uns auch von den Brüdern, insbesondere den Bischöfen und Synodalen in unserer Mitte, nicht trennen, denen man aus politischen Gründen die Lauterkeit ihrer christlichen Überzeugung bestreitet.“

Der Präses der Synode, Prof. von Dietze, der die Synode eröffnete, betonte, sie beginne ihre Arbeit unter Umständen, wie sie sie bisher noch nicht erlebt habe. Von Dietze kündigte an, die Synode werde die Verleumdungen, Behinderungen und das Tagungsverbot in Ostberlin nicht unbeantwortet lassen. Die Vorgänge am Brandenburger Tor am Sonntag lägen allen schwer auf dem Herzen.

Bischöfe zurückgewiesen

Anlässlich des Eröffnungsgottesdienstes in der Ostberliner Marienkirche war es zu Zwischenfällen am Brandenburger

Tor gekommen. Volkspolizisten wiesen unter Mißfallenskundgebungen zahlreicher Passanten mehrere Bischöfe und Synodale, die die Sektorengrenze passieren wollten, um an der Andacht in Ostberlin teilzunehmen, zurück. Auf einer Liste der Volkspolizei waren etwa 40 Namen von Persönlichkeiten verzeichnet, die den Zonenbehörden offenbar als „unerwünscht“ galten. Unter den Zurückgewiesenen befanden sich die Landesbischöfe Lilje (Hannover), Jacobi (Oldenburg), Bender (Baden), Halfmann (Kiel) sowie der Präses der Synode, von Dietze, Präses Beckmann (Düsseldorf), der Präses der Kirchenkanzlei der EKD, Brunotte, und der Synodale Prof. Raiser (Tübingen). Bischof Dibelius, der Bevollmächtigte

der Evangelischen Kirche in Bonn, Prälat Kunst, und Kirchenpräsident von Thadden-Trieglaff konnten dagegen ungehindert passieren.

Alliierter Protest

Im Namen der drei Westmächte hat der amerikanische Stadtkommandant von Berlin, General Osborne, bei seinem sowjetischen Kollegen, General Sacharow, gegen die Behinderung der Synodalen am Sonntagabend durch die Volkspolizei schriftlich protestiert.

Bundesminister Lemmer betonte am Montagabend im Sender Freies Berlin, die jüngsten „kommunistischen Willkürhandlungen“ stünden im Widerspruch zum Geist des erst am Jahresende wieder in Kraft gesetzten Interzonenhandelsabkommens. Darin sei von östlicher Seite ausdrücklich eine „liberale“ Handhabung des Verkehrs zwischen beiden Teilen der Stadt wie auch zwischen Berlin und dem Bundesgebiet zugesagt worden. Die Verweigerung der Passierscheine wertete der Minister als Hinweis darauf, daß die SED beabsichtige, „ihr trauriges Spaltungswerk am deutschen Volk nunmehr auch auf kirchliches Gebiet zu erweitern“.

Bericht des Ratsvorsitzenden

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und Berlin-Brandenburger Bischof, Dibelius, hat vor der neugewählten Synode in seinem Rechenschaftsbericht es als das Entscheidende im Geschehen der vergangenen zwölf Jahre herausgestellt, daß die Einheit der EKD nicht nur er-

halten geblieben sei, sondern sich auch mehr und mehr gefestigt habe. Über die konfessionellen Schwierigkeiten und Probleme hinweg sei die Zusammenarbeit im Rat zusehends einmütiger geworden, der Aufgabenkreis habe sich stetig er-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Verpflichtend

K. W. B. Die Pariser Tagung der Europäischen Sechsis ist in besserer Stimmung auseinandergegangen als vorausgesehen war. Ob diese Stimmung anhält, um das Unbehagen am europäischen Stillstand endlich einmal aufzulösen, wird nicht zum wenigsten davon abhängen, wie die europäischen Partner ihr Verhältnis zur neuen amerikanischen Regierung einrichten. Kennedy hat sehr gegenwärtig über den Besprechungen zu Paris gestanden. Offensichtlich hat er wesentlich die vordem verhangene Atmosphäre zwischen Adenauer und de Gaulle aufgeheilt. Denn das, was seit dem Sommer vorigen Jahres als Schatten zwischen den beiden großen alten Männern getreten war, drückte sich aus in der Bonner Furcht, der französischen Staatschef könnte mit seinen Europaplänen den amerikanischen Partner mindestens psychologisch etwas von seinem Arrangement in Europa entfernen.

★

Zwar ist noch nicht bekannt, ob Adenauer sich mit seiner ganz anderen Auffassung gegenüber der NATO beim französischen Staatschef durchgesetzt hat — aber man kann aus dem Verlauf der Besprechungen mit den fünf anderen Ministerpräsidenten schließen, daß mindestens von de Gaulle lange gewünschte Sonderinstitutionen nicht mehr diskutiert werden. Die Ministerpräsidenten der sechs EWG-Länder sollen nun regelmäßig zusammenkommen. Doch eine Konferenz der Verteidigungsminister ist ausdrücklich — mit Rücksicht auf die NATO — nicht ins Auge gefaßt worden. Der französische Staatspräsident hat sein ständiges europäisches Sekretariat, mit dem ihm offensichtlich ein Stück europäischer Regierung vorschwebte, nicht bekommen. Gewiß hat de Gaulle jetzt eingesehen, daß dies eine politische Ungeschicklichkeit sein müßte, solange Europa noch in zwei Gruppen unverbunden miteinander bleibt. Zum anderen aber hat gewiß auch in den Pariser Besprechungen die demonstrative Auszeichnung eine Rolle

gespielt, mit der sich Kennedy der NATO als dem „wichtigsten Bündnis des Westens“ verpflichtete. Adenauer insbesondere wird mit Aufmerksamkeit vermerkt haben, daß der amerikanische Präsident gerade jetzt Trumans Außenminister Acheson, einen der Väter der NATO, zum Spezialberater für NATO-Fragen berufen hat. Wollte man sich also in Paris mit Amerika arrangieren, dann hatte man auch der NATO gegenüber mehr als höfliche Sympathie zu bekunden. Es scheint, daß die de-Gaulle-Pläne auf Vorrangstellung in der NATO und europäische Separationskontingente in ihr unter solchen Aspekten gestorben sind — oder mindestens nicht mehr Diskussionsstoff unter den Europäern werden konnten.

★

Hat Adenauer oder hat de Gaulle gesiegt? So läßt sich nach Paris nicht mehr fragen. Die äußeren Ergebnisse sehen aus wie Kompromisse. Daß aber die bislang so schwer vereinbar scheinenden Gegensätze von Föderation und Integration offensichtlich zu leeren, nur am Rande der Besprechungen noch auftauchenden Begriffen geworden sind, muß man als eine Wendung zur pragmatischen Politik der Bündnisse bewerten.

Auch das hat fraglos die zupackende Art des Rufs aus Amerika zuwege gebracht. Ein halbes Menschenalter lang verzehren sich die europäischen Staaten im theoretischen Streit um die künftige Form der europäischen Zusammenarbeit. Der Zwang des übermächtigen großen Gegners hat sie bisher nicht davon abgehalten, sich im ideologischen Gegeneinander zu verzetteln: In einem Gegeneinander, in das hinein immer die vage Idee vom Europa als einer dritten Kraft irrlüchert. Der amerikanische Präsident hat dieses Gewebe anachronistischer Ideen mit dem harten Wort von der „Unordnung unserer Bündnisse“ zerstört. Kennedys Blick war eindeutig auf die Kraft- und Zeitvergeudung gerichtet, in der sich in Europa dieser und jener Staat der größeren gemeinsamen Aufgabe entzieht. Der Tadel aus Amerika kann den Stolz der europäischen Nationalstaaten heute weniger verletzen als früher; denn er ist

nicht mehr, wie in allen Nachkriegsjahren bisher, der Tadel des guten Onkels, sondern der Tadel des Mannes, der die gleichberechtigten Freunde zu Gleichverpflichteten machen will.

★

Man kann diese Art des amerikanischen Appells an Europa als den Beginn einer neuen Periode der Zusammenarbeit mit Amerika ansehen. Das Selbstbewußtsein der europäischen Staaten ist aufgerufen, wenn die amerikanische Führungsmacht die Europäer dazu auffordert, selbst Macht und Aktivität zu zeigen. Kennedy betreibt offensichtlich eine solche Aktivierung des Bündnisses der freien Welt.

Deutschland geht dieser Appell in erster Linie an. Die amerikanischen Forderungen an die Bundesrepublik sind als eine solche Aufforderung zur aktiven Mitwirkung in der Weltpolitik sichtbar geworden. Unglücklicherweise sehen sie aus wie eine Forderung nach mehr Dollars für die USA. Sie sind aber an das Land gerichtet, das auf dem europäischen Kontinent die größte Wirtschaftsmacht und Sozialmacht der Nachkriegszeit entwickelt hat. Weltpolitik im Sinne der Politik der freien Welt aber heißt heute Unterstützung der Schwachen, um ihnen ihre Freiheit zu erhalten und sie zu vergrößern. Der Wettstreit innerhalb des großen Bündnisses des Westens, hier mehr zu tun als der andere, muß den Westen in seinem Potential und in seinem Einfluß stärken.

Pater freigelassen

Berlin (Eigenbericht/ap). Nach einem Bericht des Berliner „Petrusblattes“ ist Anfang Februar der letzte von vier im Dezember 1958 in Frankfurt an der Oder verurteilten Jesuitenpatres vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Pater Robert Frater, der wegen angeblicher „Spionage, Abwerbung, staatsgefährdender Hetze“ und Verstoßes gegen die Devisenbestimmungen zu mehr als vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde bedingte Strafaussetzung für die Dauer von zwei Jahren gewährt. Er hat seine seelsorgerische Tätigkeit in Ostberlin wieder aufgenommen.

Spione funkten mit Sowjet-Zentrale

Agentenaktion gegen britische U-Boot-Abwehr aufgefliegen

London (dpa/ap). Nach monatelangen Fahndungen konnte die britische Spionageabwehr in einem harmlos aussehenden Wohnhaus in der Londoner Vorstadt Buislip eine Spionagezentrale ausheben. Unter den fünf Verhafteten ist auch ein Mann, der wahrscheinlich Russe und sowjetischer Staatsbürger ist. Diese sensationellen Enthüllungen wurden bei Beginn des Prozesses gegen die fünf Angeklagten gemacht, über deren Verhaftung der TAG bereits berichtet hat. Wegen der Bedeutung des Falles hat der britische Generalstaatsanwalt Sir Manningham-Buller selbst die Anklage übernommen.

Die Vorgeschichte dieses Spionagefalles, eines der größten, die in Großbritannien je aufgedeckt wurden, wurde in dem Londoner Gerichtssaal aufgerollt. Der Höhepunkt der Affäre war der erfolgreiche Versuch der britischen Spionageabwehr, die die Bezeichnung „Mi 5“ trägt, mit Hilfe der bei den Verhafteten gefundenen Codenummern auf dem Funkwege mit der sowjetischen Spionagezentrale bei Moskau in Verbindung zu treten.

Ziel dieser großangelegten Spionageaktion war die britische U-Boot-Abwehr, die mit ihren Forschungs- und Versuchseinrichtungen hauptsächlich in dem Kriegshafen Portland an der englischen Südküste stationiert ist. Zwei britische Beamte, die als Geheimträger bei der Marine in Portland arbeiten, die 26jährige Ethel Elizabeth Gee und der 55jährige Harry Frederick Houghton, werden beschuldigt, das Material geliefert zu haben. Die weiteren Angeklagten sind der 50 Jahre alte Buchhändler Peter Kroger, dessen 47jährige Frau Helen und der 37jährige Gordon A. Lonsdale, der vermutlich sowjetischer Staatsbürger ist.

Anfang 1960 begann die Spionageabwehr, Houghton zu überwachen. Detektive folgten ihm zu Treffpunkten auf Bahnhöfen und Parkbänken in London, sie saßen in Restaurants so nahe bei ihm, daß sie seine Verabredungen mit Gordon Lonsdale mithören konnten. Die Polizei schlug zu, als Miß Gee in der Nähe des Old Vic-Theaters in London Lonsdale ein Päckchen übergab. In dem Päckchen waren 310 Fotografien, darunter Aufnahmen aus dem geheimen Buch „Einzelheiten von Kriegsschiffen“, gewesen.

Der Kronanwalt teilte dem

Gericht ferner mit, daß das Heim der Krogers die Zentrale des Spionageringes gewesen sei. Dort seien Briefe einer Frau an Lonsdale in russischer Sprache gefunden worden. Andere Briefe seien als Mikrokopien nicht größer gewesen als der Punkt auf einer Schreibmaschine. Bei der Durchsichtung der Krogerschen Wohnung seien weiter u. a. neuseeländische Pässe auf den Namen Krogers und seiner Frau, ein Versteck unter dem Küchenfußboden, in dem sich ein Funkgerät und ein Tonbandgerät befanden, sowie Dollarnoten gefunden worden. Die Funkstation sei von britischen Experten noch acht Tage nach der Aushebung des Spionageringes betrieben worden. Dabei habe man festgestellt, daß der Empfänger auf einen Sender in der Nähe von Moskau eingestellt gewesen sei.

Maßgebende Stellen in London halten es für sicher, daß Moskau seine Bemühungen um Auskundschaftung der Abwehrmaßnahmen des Westens seit dem Erscheinen der amerikanischen Atom-U-Boote verstärkt hat. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Sowjetunion, wie es weiter heißt, ihre Unterseeboottlotte ständig ausgebaut. Sie soll heute rund 500 Boote besitzen, von denen einige eine Reichweite von Tausenden von Kilometern haben.

Woran es den Sowjets jedoch zu mangeln scheint, sind die U-Boot-Abwehrgeräte. Auf diesem Gebiet konnten Großbritannien und die USA im letzten Krieg und seither große Erfahrungen sammeln und sie ständig verbessern. Dies ist der Grund, weshalb sich die Spionagetätigkeit auf dieses Gebiet konzentriert und weshalb der „Fall Portland“ so symptomatisch erscheint. Bei den Spionageverdächtigen waren dem Generalstaatsanwalt Sir Reginald Manningham-Buller zufolge Ausrüstungen gefunden worden, die beweisen, welchen Wert Moskau gerade auf diesen Fall legte.

Lemmer: Sie wollen verwirren

Pankows Versuche, die Kirche zu spalten, zurückgewiesen

Berlin (dpa). Am Vorabend der Eröffnung der Gesamtdeutschen Synode der EKD verurteilte Bundesminister Lemmer in einem Kommentar über den RIAS die Versuche der Sowjetzonenbehörden, die Einheit der evangelischen Kirche zu spalten. Das Trommelfeuer der Propaganda jenseits des Brandenburger Tores zielen auf Täuschung und Verwirrung hin, sagte er. Beispielsweise wolle man die Kirche im Bundesgebiet durch die Bezeichnung „NATO-Kirchen“ diffamieren.

Lemmer betonte, das Verteidigungsbündnis der freien Völker in der NATO sei ausschließlich eine politische Angelegenheit und die von jeher übliche Militärsorge eine ausschließlich kirchliche Angelegenheit.

In der Bundesrepublik habe der Staat weder die Möglichkeit noch den Willen, Entscheidungen der Leitung der evangelischen Kirche und des Präsidiums des Evangelischen Kirchentages irgendwie zu beeinflussen. Dagegen gebe es im sowjetisch besetzten Gebiet sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Sphäre nichts, was schließlich nicht von den Machtbedürfnissen des Staates bestimmt werde.

Lemmer erinnerte daran, welche Flut von Verunglimpfungen es bei den Sowjetzonenmachthabern ausgelöst habe, weil er im vergangenen Jahr ebenso wie der Regierende Bürgermeister Brandt am Gottesdienst in der Ostberliner Marienkirche teilgenommen hatte.

Bis zur Einheit

DT. „Bis zum Tage der Wiedervereinigung wird RIAS senden.“ Dies sagte Amerikas Botschafter in Deutschland, Dowling, in Berlin. Unseres Wissens ist das eine Aufgabenstellung, wie sie keine andere Institution in Deutschland bisher hat. Fünfzehn Jahre ist der „Rundfunk im amerikanischen Sektor“ alt. Über seine Zukunft haben sich, besonders in den letzten Jahren, viele Leute den Kopf zerbrochen. So klar und eindeutig aber ist noch nie über dieses Instrument befunden worden wie mit dem Glückwunsch, den Dowling im Namen des amerikanischen Außenministers Rusk den Leuten im „amerikanischen Sektor“ dargebracht hat.

Was ursprünglich die Initiative der Amerikaner bedeutet haben mag, als sie vor fünfzehn Jahren diesen Rundfunk nach drüben in Berlin schufen, ist längst überdeckt durch die wohl einzigartige Wirkung, die der Sender als Verbindungsorgan zu unseren Landsleuten in der Zone entwickelt hat. RIAS hat in der fünfzehnjährigen Geschichte seiner Wirksamkeit viele Stadien durchlaufen müssen. Er mußte die Methoden seiner Information und seines Programms mehrfach ändern.

Die sich verwandelnde Zeit, aber auch die Verfestigung der Spaltungsform verlangten immer andere Formen der Wirksamkeit.

Stets mußten sich die Initiatoren des Senders klar sein, daß RIAS ein anderer Sender zu sein habe als alle die anderen Rundfunkanstalten im Bund und der Berliner Sender. RIAS hat vielleicht nicht immer und nicht auf jedem dieser vielen Sendegebiete die Psychologie dessen, was der Mensch drüben hören will und hören kann, folgerichtig in Sendewirksamkeit umgesetzt. Aber er hat Unvergleichliches getan, um das Gespräch mit den Menschen drüben in Gang zu halten. Oder er hat mehr getan: Er hat die Hoffnung darauf immer neu genährt, daß es einen Tag der Freiheit, einen Tag der Gemeinsamkeit wieder geben werde.

Die Machthaber in der Zone mögen RIAS nicht. Sie kennen die große Strahlung, mit der er die Menschen ohne Freiheit erreicht. Daß sie ihn gestorben sehen möchten, ist verständlich. Der amerikanische Botschafter hat den Menschen in der Zone das schönste Geschenk zum RIAS-Jubiläum gemacht, wenn er die Meinung der amerikanischen Regierung bekanntgab: RIAS wird bis zur Wiedervereinigung senden.

Letzte Etappe?

DT. Bischof Dibelius wollte seinen Rechenschaftsbericht über zwölf Jahre evangelischer Kirchenentwicklung in Deutschland eigentlich in der Ostberliner Marienkirche abgeben. Wer ihn jetzt im Berlin-Spandauer Johannes-Stift gehört hat, wird um so mehr bedauern, daß die Ostbehörden die Synode nicht in Ostberlin tagen ließen. Dibelius schildert nämlich den Weg der deutschen evangelischen Kirche als einen Weg, der ihre innere Einheit von Jahr zu Jahr mehr forciert hat. Aus dem Bericht des Mannes, der diese zwölf Jahre an der Spitze der evangelischen Kirche steht, war zu entnehmen, daß die Schwierigkeiten, die der Zonenstaat dem Zusammenkommen der in sich föderativ konfessionell gegliederten Kirchen entgegengesetzt hat, einen ständig wachsenden Drang zur Einheit gefördert haben. Dibelius nannte die Etappen, in denen die Zonenmachthaber sich von der Loyalität bis zum Kampf und zur offenen Gegnerschaft gegen die Kirche und ihre Institutionen vorgearbeitet haben. Daß es noch keine Synode gegeben hat, der der Raum von Ostberlin als Tagungsort versagt geblieben ist, mußte ihr Präses von Dietze als die bislang letzte Etappe verbuchen.

War es wirklich die letzte Etappe? Als die Vopos mit einer schwarzen Liste in der Hand darüber befanden, wer zum Eröffnungsgottesdienst in der Berliner Marienkirche zugelassen werden soll oder nicht, war das wohl nicht nur eine neue Etappe in diesem Kampf. Das Regime, das etwa 40 Geistlichen und Abgeordneten der Synode das Betreten Ostberlins verweigerte, behandelte hier in vorgefaßter Rechtsbeugung die Kirche als eine politisch zu bekämpfende Institution. Die Synode, die jetzt im Westberliner Johannes-Stift tagt, hat allen Grund, den von Dibelius so klar aufgezeigten Drang zur Einheit über alle konfessionellen Meinungsverschiedenheiten hinweg nun erst recht zu verstärken.

Halblose Vorwürfe aus London

Labour-Abgeordneter in Westberlin als „halblose Person“

Berlin (Eigenbericht). Der Berliner Innensenator Lipschitz wies mit aller Entschiedenheit die von der britischen Zeitung „Daily Mail“ vorgebrachten Vorwürfe des britischen Unterhausabgeordneten Kelley gegen die Westberliner Polizei zurück. Die Zeitung hatte behauptet, Kelley sei während eines inoffiziellen Aufenthaltes am 2. Februar in Westberlin von der Polizei festgenommen und wiederholt mit dem Wort „Kommunist“ titulierte worden.

Demgegenüber stellte der Innensenator fest, daß Kelley in der Nacht zum 2. Februar von einem Polizeibeamten in volltrunkenem Zustand auf der Fasanenstraße liegend als „halblose Person“ gefunden worden sei. Laut Paßangabe habe es

sich um den britischen Staatsangehörigen Richard Kelley gehandelt, der nach diesem Dokument Bürovorsteher sei. Um bestehende Sprachschwierigkeiten zu meistern, habe man die britische Militärpolizei benachrichtigt, die jedoch mit der volltrunkenen Person keinen Kontakt aufnehmen konnte. Am Vormittag des 2. Februar habe Kelley nach Ausnüchterung das Polizeirevier verlassen. Er erhob keine Einwände gegen seine Behandlung.

Das britische Außenministerium hat von den zuständigen britischen Stellen in Westberlin einen Bericht über den Zwischenfall erhalten. Es erklärte danach, daß sich die Westberliner Polizei völlig korrekt verhalten habe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Dowling bekräftigt Berlin-Garantie

Feierstunde in der Kongreßhalle zum 15. Gründungstag des RIAS

Berlin (Eigenbericht). RIAS wird weitersenden, solange Deutschland geteilt ist. Dies erklärte der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Dowling, in Berlin bei einer Feierstunde zum 15jährigen Bestehen des Westberliner Senders. Der Botschafter sagte weiter: „Die Einrichtung, deren 15. Jahrestag wir begehen, ist ein sichtbarer Beweis für Amerikas unveränderliche Politik bezüglich Berlins und Deutschlands.“ Es bleibe das feste Ziel der Vereinigten Staaten, das deutsche Volk in Frieden und Freiheit wiederzuvereinigen. Aus diesem Grunde könnten die Berlin-Frage und das Wiedervereinigungsproblem nicht isoliert betrachtet werden.

Der Regierende Bürgermeister Brandt dankte wie Botschafter Dowling den Mitarbeitern des RIAS für ihre Arbeit. Sie diene der Aufgabe, eines der wichtigsten Bindeglieder in einem zersplitterten Volk zu sein. Brandt bezeichnete den RIAS als ein Beispiel für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit und bekräftigte erneut das feste Vertrauen Berlins zu Präsident Kennedy und seiner Regierung. Für die Deutschen sei nun der Augenblick gekommen, meinte Brandt, einen vollen Beitrag zu leisten, anstatt sich auf politische Marschhilfe anderer zu verlassen. „Es ist an der Zeit,

die restlichen Eierschalen der politischen Nachkriegsentwicklung abzuwerfen.“ In bezug auf Europa und die deutsche Frage müsse Deutschland nun eigene Vorstellungen und Initiativen entwickeln.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, hob in seinem Grußwort hervor, die Menschen in der Sowjetzone hätten den äußeren Eindrücken eines totalitären Regimes zum Trotz ihre hohe Moral und ihren soliden Charakter nicht verloren. Hierzu hätten auch die Sendungen des RIAS beigetragen.

Der Regierende Bürgermeister Brandt überreichte in der Feierstunde dem deutschen Leiter des RIAS, Heinz Adolf von

Heintze, eine silberne Nachbildung der Freiheitsglocke. Bundespräsident Lübke, Bundeskanzler Adenauer und zahlreiche andere Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik hatten in Telegrammen dem Sender ihren Dank und ihre Grüße übermittelt.

Wie während der Festveranstaltung in der Kongreßhalle mitgeteilt wurde, sind dem Sender auch zahlreiche Glückwünsche von Hörern aus der Sowjetzone zugegangen, in denen übereinstimmend zum Ausdruck komme, RIAS möge seinen Kampf für Recht und Menschlichkeit fortsetzen und in diesen Bemühungen nie nachlassen.

„Chruschtschow ein Stümper“

Dokumente über die sowjetisch-chinesischen Differenzen

Washington (ap/upi). Den Westmächten sollen dokumentarische Beweise dafür vorliegen, daß die Auseinandersetzungen zwischen Rotchina und der Sowjetunion in den letzten anderthalb Jahren erbitterter und heftiger waren, als ursprünglich vermutet wurde. Dies geht aus Äußerungen von Sowjetexperten des US-Außenministeriums hervor.

Nach Presseberichten sollen die Chinesen auf der Moskauer Gipfelkonferenz im November den sowjetischen Parteichef Chruschtschow einen „Revisonisten“ und „Stümper“ genannt haben. Chruschtschow habe gekontert, die Chinesen gebärden sich „wie Stalin“ und entwickelten Theorien, die mit den „Realitäten der modernen Welt“ nicht zu vereinbaren seien.

Nach außen scheinen die sowjetisch-chinesischen Differenzen wieder einmal beigelegt zu sein. Die chinesischen Kommunisten feierten den elften Jahrestag des sowjetisch-chinesischen Bündnisses mit auffallend konformistischen Freundschaftsbeteuerungen; aber auch die sowjetische Presse feierte das „granitene Bündnis“ enthusiastisch. Die Gründe für den Entschluß der Pekinger Machthaber, das ideologische Kriegsbild einseitig zu begraben, sind nach dem Urteil von Ostexperten in erster Linie in den katastrophalen Mißerfolgen der rotchinesischen Landwirtschaft zu suchen. Moskau hat sich zur Hilfe bereit erklärt, gleichzeitig aber eine Parteidelegation unter Leitung eines führenden Ideologen der sowjetischen KP nach Peking geschickt.

Lord Home warnt Sowjets

Debatte im Oberhaus — Ist das ihre Koexistenz?

London (dpa/ap). Der britische Außenminister Lord Home warnte am Mittwoch vor dem Oberhaus die Staaten des Sowjetblocks nachdrücklich vor einer Fortsetzung ihrer Propaganda gegen die sogenannten Kolonialmächte. Mit den deutlichsten Worten, die seit der UNO-Rede des britischen Premierministers Macmillan ein britischer Staatsmann an die Adresse Moskaus richtete, machte Lord Home klar, daß man freundliche Worte Moskaus nicht für sich betrachten dürfe, sondern an der kommunistischen Propaganda messen müsse.

Es sei jetzt an Chruschtschow, zu erklären, ob er die jungen Völker als Figuren im kalten Krieg verwenden oder ob er ein neues Kapitel wirklicher Koexistenz eröffnen wolle. „Wenn Koexistenz als Aufruf zum Umsturz, als Vergiftung der internationalen Atmosphäre und Bruch mit Gesetz und Ordnung interpretiert wird, wie können wir dann zu der Lösung kommen, die wir alle so sehnlich wünschen?“ rief Lord Home aus. Für die Sowjets sei Feindseligkeit gegenüber dem Westen das wahre Kriterium der Unabhängigkeit.

Sieben Fragen an Brandt

Offener Brief Höcherl — „Mit offenem Visier kämpfen“

Bonn (dpa). In sieben Fragen hat der Vorsitzende der CSÜ-Landesgruppe im Bundestag, Herrmann Höcherl, den SPD-Kanzlerkandidaten Brandt öffentlich aufgefordert, wirkliche Klarheit in seine politischen Ziele zu bringen. Höcherl bezog sich auf die Rede Brandts auf der SPD-Tagung in Bad Dürkheim. Die Fragen lauten:

1. Was verstehen Sie unter „Umwandlung des demokratischen Rechtsstaates in eine soziale und kulturelle Heimstätte des Volkes“?
2. Welche Opfer wollen Sie unserem Volk in Sachen Entwicklungshilfe auferlegen, da nach Ihren Worten die Bundesregierung auf diesem Gebiet zuwenig tut?
3. Was verstehen Sie unter „selbstbewußter Ostpolitik“?
4. Welche konkreten Vorstellungen haben Sie bei Ihren Forderungen nach dem „Schutz der

sittlichen und wirtschaftlichen Aufgaben, die der Familie obliegen“?

5. Wie soll die von Ihnen gewünschte Rentenreform aussehen?

6. Wie hoch soll Ihrer Meinung nach die staatliche Mindestrente sein und wer soll sie bezahlen?

7. Treten Sie dafür ein, daß der Haushalt durch Steuererhöhungen ausgeweitet wird, bzw. welche Kürzungen im Bundeshaushalt halten sie für möglich, um Mittel für die Erfüllung Ihrer Forderungen zu erhalten?

Höcherl übergab seine Fragen in einem offenen Brief der Presse. Er sagte zur Begründung, Brandt strebe das wichtigste politische Amt in der Bundesrepublik an und müsse daher Wert darauf legen, mit offenem Visier zu kämpfen.

Synode: Ja zur Einheit!

(Fortsetzung von Seite 1)

weitert, und „es müßte schon seltsam zugehen, wollte sich heute noch irgendeine Gliedkirche aus der EKD wieder herausziehen“, sagte Dibelius.

In seinem Bericht nahm der Bischof ausführlich zu den politischen Fragen Stellung: „Von Jahr zu Jahr sind die Versuche, die EKD durch politische Maßnahmen in zwei Teile aufzuspalten, deutlicher spürbar geworden“, sagte er. Hinter diesen Aufspaltungsversuchen stehe die ständige Bekämpfung kirchlicher Arbeit, vor allem der Versuch, die kirchlichen Amtshandlungen durch staatlich propagierte Feiern aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. „Es wird neuerdings mit Betonung gesagt, es sei der Regierung der DDR bitterer Ernst mit dem Wunsch, zu unserer Kirche in ein positives Verhältnis zu kommen“, erklärte Bischof Dibelius, „wir hören das mit offenem Herzen“, denn auch die Kirche habe den ehrlichen Wunsch, daß ihre Beziehungen

zur staatlichen Gewalt von freundlicher Art sein möchten. „Aber solange jene Beschimpfungen einer ordinären Propaganda weitergehen“, könne die Kirche jene Stimmen nicht ernst nehmen. „Ein einziger Wink“, so sagte der Bischof, „wie er beispielsweise eben erst in Sowjetrußland gegeben ist, würde genügen, um dieses Hindernis aus der Welt zu schaffen“.

Gefahren für Einheit

In diesem Zusammenhang wies Dibelius auch wieder auf sein Angebot hin, einen Militärseelsorgevertrag in beiden Teilen Deutschlands abzuschließen, womit eine defacto-Anerkennung auch der DDR gegeben wäre, „ein offizieller politischer Akt, zu dem eine Kirche sonst keine Veranlassung hat.“ Der Bischof erinnerte daran, daß auch dieser Vorschlag von Pankow in brüsker Form zurückgewiesen wurde und sagte: „Das muß man im Auge behalten, wenn man uns eine NATO-Kirche nennt.“

Der scheidende Ratsvorsitzende zeigte zwei Gefahren für die Einheit der EKD auf, die sich vor allem aus der theologischen Entwicklung ergeben haben. In der Theologie stünden heute die politischen Fragen nach Atombewaffnung, Obrigkeit, Frieden und den Ost-West-Problemen im Vordergrund. Aber es habe sich gezeigt, daß in diesen Fragen gewissenhafte Entscheidung gegen nicht minder gewissenhafte Entscheidung steht. Und wenn sich auch alle Christen einig seien darin, daß die Massenvernichtungswaffen aus der Welt verschwinden müßten, klafften die Meinungen in der konkreten Entscheidung doch auseinander. Es sei der Kirche darum gegangen, Andersdenkende nicht zu majorisieren, wenn auch dadurch die Initiative und Schlagkraft der Kirche gelitten habe. „Man sollte dankbar dafür sein, daß es noch eine Gemeinschaft gibt, die durch Verschiedenheiten der Meinung nicht gesprengt wird und daß die Kirche der Ort ist, an dem die Minderheit und die Freiheit des an Gott gebundenen Gewissens respektiert werden“, sagte der Bischof.

Schließlich kritisierte Dibelius in diesem Zusammenhang ein Zug zum Intellektualismus, vor allem in der jüngeren Generation, wo die subjektive Erkenntnis des einzelnen Theologen über allem stehe, was Kirche ist. Der Bischof warnte vor einer „Religion ohne Entscheidung“ und vor Experimenten, wie sie in einer östlichen Gliedkirche veranstaltet werden, wobei die Tendenz bestehe, Taufe und Konfirmation abzuschaffen. Die Kirche stehe vor der Frage, ob sie Kraft genug hat, demgegenüber ihre eigene Lebensordnung zu behaupten.

Auch vor einem Christentum außerhalb der Kirche warnte der Bischof. Die Christenheit einer unsichtbaren Gemeinschaft, die zu nichts verpflichtet, gibt es nicht.

Antrag abgelehnt

Der Ostberliner Theologe Prof. Vogel hatte beantragt, die Debatte über den Dibelius-Bericht unmittelbar nach der Berichterstattung des Ratsvorsitzenden zu eröffnen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Bundesrepublik liegt in Kairo vorn

„Staatsbesuch“ des Sowjetzonen-Ministers Rau war ergebnislos

H. v. V. Kairo. — Die Reise des sowjetzonalen Handelsministers Rau nach Kairo war bei weitem nicht so erfolgreich, wie es von der Zonenpropaganda dargestellt wurde. Entgegen dem äußerlich pompösen Rahmen dieses „Staatsbesuches“ wurde nämlich nur ein bereits bestehender Handelsvertrag erweitert, dessen bisheriges Volumen kaum einem Drittel bis einem Viertel des ägyptischen Handels mit der Bundesrepublik entspricht. Dazu kommt eine bedeutende Unterlegenheit der Sowjetzone gegenüber der Bundesrepublik auf kulturellem Gebiet.

Rau war in Kairo mit großem Tam-Tam in den Zeitungen angekündigt worden, wobei alle natürlich wissen, daß selbst die Willkommensleitartikel in den ägyptischen Zeitungen von den Interessierten bezahlt werden müssen. Die recht zahlreichen Vertreter der ostzonalen Presse in Kairo sorgten im übrigen dafür, eine gewisse Spannung in der Öffentlichkeit wachzuhalten. Herr Rau wurde zwar mit einem ägyptischen Orden geehrt und redete seinen Wirten nach dem Munde. Er pries die antiwestlichen Beschlüsse der Konferenz von Casablanca, unterstrich die Richtigkeit der Kongopolitik Nassers und prangerte Israel als „Werkzeug des westlichen Imperialismus“ an. Frau Rau tat ein übriges und besuchte die Kinder des entthronten Kongopremiers Lumumba, die aus Propagandagründen hier in einem ägyptischen Internat untergebracht sind und erzogen werden. Was die Kairoer Presse mit tiefer Rührung über soviel Herzengüte verlautbarte.

Trotzdem war Herrn Rau nicht mehr als die Erweiterung des Handelsabkommens beschieden, dessen Volumen im kommenden Jahr beträchtlich erhöht werden soll. Wobei fraglich bleibt, ob die Wirklichkeit den Erwartungen entsprechen wird.

Es ist die große Enttäuschung der Sowjetzone, daß sie nicht nur rein wirtschaftlich von der Bundesrepublik übertroffen wird — die Ausfuhr der Bundesrepublik nach Ägypten betragen ungefähr das Drei- bis Vierfache der „DDR“-Ausfuhr —, sondern besonders auf dem kulturellen Sektor, der gerade kommunistischen Ländern so große Propagandamöglichkeiten zu bieten scheint, neben der Bundesrepublik praktisch in der

VAR überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Wenn auch rein zahlenmäßig gesehen die Hilfeleistungen der Bundesrepublik für Ägypten neben den Riesenbeträgen der amerikanischen Wirtschaftshilfen und der russischen Kredite sich bescheiden ausnehmen mögen, so werden die kulturellen Leistungen noch in Jahrzehnten Früchte tragen, die als Brücke zum Westen wertvoller sind als viele Millionen Dollar und Rubel, die im arabischen Wüstensand versickern.

Die Dozentur Kairo ist die umfangreichste des Goethe-Instituts in München und zählt zur Zeit rund 30 aus der Bundesrepublik entsandte Sprachlehrer. Deutsch ist erste und zweite Fremdsprache in 186 Klassen von 48 ägyptischen Oberschulen und 33 Vorbereitungsschulen mit rund 4500 Schülern jährlich. An der Sprachhochschule und dem höheren Gewerbelehrerinstitut in Heluan, in zahlreichen anderen technischen Instituten erhalten jährlich rund 6500 Ägypter Deutschunterricht.

Von ganz besonderer Bedeutung für die großen Industrialisierungspläne der VAR ist die Ausbildung eines großen Stammes von Technikern und Ingenieuren. Voraussetzung ist, daß die zukünftigen Gewerbelehrer selber Ägypter sind, die laufend für den Nachwuchs sorgen müssen.

Zwei Institute für technische Ausbildung in Kairo und Aleppo sind hierzu von der Bundesrepublik mit bestem und modernstem Lehrgerät ausgestattet worden, an denen unter deutscher Oberleitung mehrere hundert angehende Gewerbelehrer ausgebildet werden. Eine Ingenieurschule in Heluan wird in vier Jahren alljährlich 6000 Studenten erfassen.

Auf lange Sicht

Abkommen für drei neue Institute werden in diesen Tagen in Kairo unterschrieben, eines für Erdölforschung, eines für Masse- und Materialprüfung sowie eines zur Ausbildung von Feinmechanikern. Die Kosten für diese drei Institute betragen allein etwa sechs Millionen DM.

Man sieht, die Deutsche Bundesrepublik braucht sich ihrer kulturellen Leistungen in der VAR nicht zu schämen. Die treibt wertvolle Arbeit auf lange Sicht. Sie ist wichtiger als das Lippenbekenntnis des Herrn Rau.

300 Mill. DM für die Bauern

Bundesregierung beschloß zusätzliche Landwirtschaftshilfe

Bonn (dpa/upi). Eine zusätzliche einmalige Hilfe für die Landwirtschaft in Höhe von 300 Mill. DM beschloß das Bundeskabinett. Diese Mittel werden zusätzlich zu den 1,6 Mrd. DM gewährt, die bereits im „Grünen Plan“ für das Jahr 1961 eingesetzt sind.

Von den 300 Mill. DM werden 200 Mill. DM als Zuschüsse und 100 Mill. DM als niedrig verzinsliche Kredite zur Verfügung gestellt. Der größte Teil der 130 Mill. DM dient als Zuschüsse für die Milch- und Molkerei-

wirtschaft. 30 Mill. DM sind für die bäuerliche Hauswirtschaft vorgesehen.

Große Dürreschäden

Bundes - Ernährungsminister Schwarz wies vor der Presse darauf hin, daß der Landwirtschaft durch die Dürre des Jahres 1959 allein bei der Milchproduktion ein Schaden von 225 Mill. DM entstanden sei. Dieser habe besonders die bäuerlichen Familienbetriebe getroffen, denen aber jetzt in erster Linie geholfen werden solle.



BILDER DER WOCHE. Oben: In diesem Haus des Londoner Vororts Ruislip wurde eine sowjetische Spionagezentrale ausgehoben (Siehe auch Seite 3). — Unten: Eine Frau müsse im Kabinett sein, sagte Bundeskanzler Adenauer beim Empfang von Vertreterinnen deutscher Frauenorganisationen in Bonn.

